

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 5. Mai 1931 Nummer 80

Polizei ermöglicht Nazi-Bürgerkriegsübung

Verhaftung von Kommunisten in Löbau

Löbau den 5. Mai.

Der schwere Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nazis, der sich vorgetrieben ereignete, hat nunmehr bereits zu einer Verhaftung geführt. Ein Löbauer Parteifunktionär ist von der Polizei festgenommen worden. Der verdächtige Eifer der Polizei hat eine unerhörte Ursache: es stellt sich heraus, daß die Nazis eine ausdrückliche behördliche Genehmigung für die Abhaltung „einer Führerbesprechung“ auf dem Gute des Standartenführers v. Tschammer-Osten erhalten haben. Da eine wichtige Führerbesprechung überhaupt keiner behördlichen Erlaubnis bedarf, mußte es klar sein, daß es sich um mehr handelte. Sonderbarerweise kam die Polizei nicht „auf dem Einfall“, daß eine Nazi-Führerbesprechung sich mit Bürgerkriegstragen gegen die Arbeiter theoretisch und praktisch beschäftigt...! Die Polizei ließ merkwürdigerweise v. Tschammer-Osten und die Nazi-Banden völlig gewähren. Deshalb heißt sich auch die Polizei so außerordentlich, um die Schuld den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Die Bevölkerung ist über die Bürgerkriegsübung der Nazis empört. Besonders erregt ist man jedoch über die Haltung der Polizeibehörde, die sich offen auf die Seite der Nazis stellt.

Die Vorgänge, insbesondere die behördliche Genehmigung für die Bürgerkriegsübungen der Nazis, kennzeichnen die Unterdrückung des kapitalistischen „republikanischen“ Staatsapparates für die Banden des Faschismus. Die Erklärung des „demokratischen“ Ministers Dietrich in Dresden, wonach „der Nationalsozialismus keine Gefahr mehr bedeute“, ist dafür der beste Beweis. „Keine Gefahr“ — bedeutet: keine Gefahr für die Bourgeoisie und ihren Staat; die Gefahr besteht nach Dietrichs Ausführungen lediglich im Uebergang der proletarischen Elemente von den Nazis zu den Kommunisten, die eine ernste Bewegung seien. Das wertvolle Geständnis des von der SPD besonders geliebten Ministers läßt auch erkennen, daß die behördliche Ermöglichung für die Löbauer Bürgerkriegsübung der Nazis keinen Einzelfall darstellt, sondern der Linie der herrschenden Klasse entspricht.

Vor wenigen Tagen hat das Schieds-Kabinett einen ausdrücklichen Freitrieb für arbeiterfeindliche, faschistische militärische Übungen erteilt. Auf eine bestellte „Anfrage“ der Nazis hat der höchste Innenminister geantwortet, daß zwar militärische Übungen allgemein verboten seien, aber, da der Begriff nicht genau feststeht, sei es

nicht möglich, überall gültige Auslegungsvorschriften an die Polizei zu erlassen. Spätestens würden solche Übungen, die auch von jedem Sports- oder Turnverein ausgeführt werden könnten, nicht als militärische Übung angesehen.

Diese „Antwort“ bedeutet faktisch eine Erlaubniserteilung an die Polizeibehörde, deren Zusammenfassung und Einbeziehung so klar erkennen läßt, daß wohl die Annahme der proletarischen Jugend als „militärische Übungen“ benutzte und verfolgt werden, nicht aber die bewaffneten Kriegsspiele der Arbeitermord-Nazis. Der Vorfall in Löbau ist einbeutiger Beweis für den wahren Sinn und die Bedeutung dieser Regierungserklärung.

Die Bourgeoisie zeigt mit dieser Haltung deutlich ihre Absicht und ihren Willen, den brutalen Unterdrückungs- und Hungerluts gegen das wertvolle Volk mit verächtlichsten Mitteln weiterzuführen. Die Nazis, als eingetriebene Arbeitermordtruppe, sind für sie militärische Instrumente gegen die Arbeiterklasse.

Nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Reich gehen die nationalsozialistischen Banden mit neuen Terrorakten vor. Aus Dortmund wird ein blutiger Zusammenstoß zwischen Nazis und Reichsbannerarbeitern gemeldet, bei dem es 20 Verletzte gab. Dieser Zusammenstoß ereignete sich im Zentrum der Stadt auf dem Hauptbahnhof, den die Nazis zu besetzen versuchten. 200 Menschen sollen sich an dieser Auseinandersetzung beteiligt haben. Die Frechheit, mit der hier die Nazis zu Werke gingen, zeigt ebenso die behördliche Unterstützung, die diesen Banden den Raum schenken läßt.

Wird damit die NSDAP als Schutztruppe der Youngplan-Diktatoren in Deutschland entlarvt, so wird und muß die Abkehr der ehrlichen Anhänger von dieser korrupten und gefaßten „Bewegung“ um so härter werden.

Dem Schritte des Leutnants Scheringer folgen bereits die ersten Reihen der proletarischen Anhänger. Sie wollen fort vom arbeitermordenden, kapitalistischen Faschismus zur wirklich antisozialistischen revolutionären roten Einheitsfront. Der diesjährige Maiaufmarsch hat bereits manchem bisherigen Nationalsozialisten, der sich mit Abscheu von der Kapitalistenschuttruppe wandte, in den Reihen der Arbeiterklasse unter roten Fahnen marschieren lassen. So wird aus Oldenburg gemeldet, daß im Maiaufmarsch der KPD eine ganze Abteilung ehemaliger SA-Proleten in voller Uniform, aber mit roten Sowjetfahnen marschierte.

Davor zittert die Bourgeoisie, die die „radikalen“ Strafen der Hitler und Goebbels mit Wohlgefallen aufnimmt, die jedoch weiß, daß der Anstieg der blutigen Anhänger der NSDAP an die rote Klassenfront den Bruch mit den letzten Bindungen an das kapitalistische Regime bedeutet. Gerade diese Erkenntnis wird die Arbeiterklasse bei ihrem Kampfe gegen den Faschismus veranlassen, den proletarischen Anhängern der NSDAP die Augen zu öffnen über das wahre kapitalistisch-arbeiterfeindliche Gesicht ihrer Führer und sie aus Misstrauen des Faschismus zu

Wichtigste: Im neuen monatlich 2,50 RM (ab 1. Juni im neuen), nach die Post 2,50 RM (ohne Postgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint 14-tägig, außer an Sonntagen und Feiertagen. In jedem hiesigen Einzelheft steht ein Kalender auf Verleumdung der Zeitung oder auf Zurückhalten des Abonnements.

Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden-2, Weißhofstraße 20
Postfach: 10000 Dresden
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, alle Sonntage, Mittwochs 17-19 Uhr, freitags- und arbeitsschul. Tagen, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

Dresden, Dienstag den 5. Mai 1931

Nummer 80

Ortsgruppenvorsitzender der SPD kommt zur KPD!

Wülfrath, 3. Mai (Eig. Meld.)

In Wülfrath (Niederhein) trat in der Abendveranstaltung der Kommunistischen Partei Wülfraths der Vorsitzende der SPD Wülfrath und Spitzenkandidat der SPD im Stadiparlament, Wilhelm Horn, der KPD bei und gab demütigend eine Erklärung ab.

In der Kundgebung wurden weiter 14 Abonnenten für die Wochenzeitung, 2 für die Tageszeitung, 6 Ausnahmen für den Kampf und 5 rote-Hilfs-Ausnahmen getätigt.

Hienoburg, 4. Mai (Eig. Draht.)

In der hiesigen Nordischen Dienstreise war bei der letzten Betriebsratswahl, die vor wenigen Wochen stattgefunden hat, aus einer reformistischen Gewerkschaftsliste aufgestellt worden, auf der fünf Kandidaten gewählt wurden. Von diesen fünf reformistischen Betriebsräten sind jetzt vier zur Kommunistischen Partei übergetreten.

Arbeitslose unter Stahlhelmfommando

Heute Besprechung des neuen Arbeitsdienst-Planes unter Treviranus' Vorfiß

Heute findet in der Oststelle der Reichsfinanzlei unter dem Vorfiß des Ministers Treviranus eine Besprechung statt, die sich mit der Durchführung eines neuen, ungeheuerlichen Planes beschäftigt. Danach werden die faschistischen Wehrverbände, vor allem der Stahlhelm aber auch Jungdo und Nazis, mit der Organisation und Leitung eines aus Erwerbslosen bestehenden Arbeitsdienstes beauftragt.

Der Arbeitsdienst ist der Form nach „freiwillig“, in Wahrheit aber werden die Erwerbslosen durch Unterstützungssabbau, Entzug der Wohlfahrtsunterstützung usw. und später direkt gezwungen, unter dem Kommando von faschistischen Stahlhelm-

Jünglingen zu kämpfen. Die Erwerbslosen werden, wie aus einer Rede Treviranus am Sonntag in Oldenburg hervorgeht, infamisiert und erhalten nur „ein kleines Taschengeld“ etwa 25 bis 30 Pfennig pro Tag!

Diese Maßnahme wird alle Erwerbslosen, alle Arbeiter überhaupt alarmieren. Der Dienstpflichtplan gilt nur zunächst für Ostpreußen und soll schließlich auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Worauf es Treviranus und der Stüning-Diktatur ankommt, ist die Auspoetung der Arbeitslosen, der Sozialabbau, dazu die Förderung der Schaffung einer faschistischen Armee zur Unterdrückung der Arbeiter und der Volksmassen sowie zur Kriegsvorbereitung gegenüber der Sowjetunion.

Und die Stüning-Treviranus-Regierung wird unterstützt von der SPD!

Stellungnahme der Erwerbslosen auf allen Stempelstellen! Im Kampfe gegen Sozialabbau, Dienstpflicht, Faschismus heigert die Volkssolidarität für Arbeit, Brot, Freiheit!

Die Straßer-Faschisten wollten am Mittwoch in Hannover eine öffentliche Versammlung abhalten, was jedoch die Hitler-Faschisten dadurch verhinderten, daß sie das Versammlungslokal durch Tränengasbomben austüchtigten. Interessanter noch als diese Kampfmethoden der faschistischen Brüder untereinander sind die Mittelungen, die der Straßer-Referent Vogel einem engsten Kreise machte und die ein bezeichnendes Licht auf die Korruption im Hitlerlager werfen. So soll Hitler den Versuch gemacht haben, Otto Straßer, der bekanntlich vor einiger Zeit die erste Revolte inszenierte durch 100 000 Mark zugunsten seines Kampferlages und durch eine Parteistellung mit 18 000 Mark Jahresgehalt zu kaufen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Nazi-Referenten pro Rede ein Honorar von 100 bis 200 Mark erhalten



Neue Entlassungen von Eisenbahnern

Mobilisiert alle revolutionären Kräfte für den Sieg der roten Listen

Nach der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn AG erschienen plötzlich laute Klagen über den verringerten Profit in Dörpmüllers Reich. Diese Meldungen über angeblich schlechten Geschäftsgang dienen dazu, die rigorosen Personalabbaumaßnahmen zu rechtfertigen. Weil aber angesichts der Gefahren für den Verkehr die ganze Öffentlichkeit sich gegen Dörpmüllers Sparmaßnahmen wendet, werden die schändlichen Pläne, zu denen die Schellert und Co. natürlich hilfreich ihre Hand bieten, eben auf Umwegen durchgeführt.

Schon lange bräuhichtigt die Eisenbahnhauptverwaltung umfangreiche Entlassungen in den Werkstätten. Sie hat hierzu um die Zustimmung der Reichsregierung ersucht. Die Reichsregierung erklärte der Verwaltung, daß eine offizielle Zustimmung zur Entlassung mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit zu erwartende Kritik nicht erteilt werden könne. Die Hauptverwaltung hat aber mit der Gewerkschaftsbürokratie einen Weg gefunden, um die Entlassungen durchzuführen. Genau so wie im vorigen Jahre laufende Kollegen aus

den Bahnbetriebswerken, Güterhöfen und Bahnhöfen an Stelle von einzustellenden Zellarbeitern in die Bahnmotoren überwiefen wurden und dann nach und nach aus Pflaster geworfen wurden, geht man in diesem Jahr dazu über, das gleiche mit den Kollegen in den Werkstätten zu tun. Soeben wird uns Mitteilung gemacht, daß in der Werkstätte München-Freimann und Ingolstadt je 300 Mann in die Bahnmotoren überwiefen werden. Gleiche Meldungen liegen auch aus anderen Werken vor. Diese Überweisungen erfolgen mit Zustimmung der refer-

Warschau unter roten Fahnen

Massenstreik und Demonstrationen — Sozialfaschistische Kommandos schießen auf demonstrierende Arbeiter — Bauern entwaffnen Polizei

Warschau, 4. Mai. Der Verlauf des 1. Mai in Polen zeigt von einer unverkennbaren Zunahme revolutionärer Aktivität bei Arbeitern und Bauernmassen Polens. Fast sämtliche Betriebe waren in Warschau stillgelegt. Die kommunistischen Demonstrationen wiesen eine weit höhere Beteiligung auf und nahmen einen viel aktiveren Verlauf, als im vorigen Jahre. Laut den vorläufigen Angaben beteiligten sich an den kommunistischen Demonstrationen rund 10000 Menschen, ohne die Sympathisierenden und Mitkämpfer auf den Bürgersteigen zu zählen. Trotz aller Hindernisse und trotz des brutalen Polizeiterrors brachten die kommunistischen Demonstrationen eine größere Zahl aktiver Teilnehmer auf als sämtliche sozialdemokratische Demonstrationen zusammengenommen. Die Kommunisten demonstrierten den ganzen Tag, vom frühen Morgen an bis spät in die Nacht hinein. Wenn sie an einer Stelle von der Polizei auseinandergejagt waren, so sammelten sie sich gleich wieder an anderen Punkten. In allen Stadtteilen Warschaws fanden solche Demonstrationen statt.

Die Polizei trat in voller Kriegsbekleidung auf, sie trugen nicht nur Stahlhelme, sie war auch in Panzer eingehüllt und mit Stahlharnisch an den Armen. Demonstrationen sowie zufällige Passanten wurden rücksichtslos mit Gewehrfeuern, Gummiknüppeln und Säbeln mißhandelt. Mehrere hundert Menschen wurden verhaftet und auf Lastautos auf die Polizeiwachen abgeführt.

Laut den Meldungen der bürgerlichen Presse schossen sozialfaschistische Kommandos mit Revolvern auf kommunistische Demonstranten. In den Arbeiterbezirken Warschaws wurden etwa 30 Verwundete und Verblutete festgehalten. In Prag, einer Vorstadt Warschaws, demonstrierten etwa 2000 Arbeiter unter den Fahnen der kommunistischen Partei. Im Stadtteil Pasażenke demonstrierten über 2000 Fabrikarbeiter und 200 bis 300 uninformierte Straßenbahner.

Im Zentrum der Stadt wurde die Demonstration von berittener Polizei auseinandergepresst, aber die Demonstranten sammelten sich wieder und setzten den Marsch fort. Beim Zusammen-

treffen mit der Demonstration der PPS trafen die kommunistischen Demonstranten: „Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter gegen Faschismus und Sozialfaschismus!“ Die PPS-Arbeiter griffen diese Losung auf und schlossen sich ihr teilweise an.

Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse kam es zu schweren Kämpfen der Demonstranten mit der Polizei in Lubartow (Amtshauptmannsstadt von Lublinsk). Die Polizei versuchte das Eindringen einer starken Demonstration sozialistischer Bauern in die Stadt zu verhindern. Die Demonstranten ließen aber immer energischer vor, wobei sie neuen Zuspruch aus den angrenzenden Dörfern erhielten. Die Polizei eröffnete das Feuer, tötete zwei Mann und verwundete zahlreiche Demonstranten. Darauf gingen die Demonstranten zum Angriff über, entwaffneten einen Teil der Polizei und verprügelten sie. Auch als Lastautos mit Polizisten aus Lublinsk als Verstärkung eintraf, wichen die Bauern nicht zurück, sondern leiteten den Kampf über 14 Stunden fort. Mehrere Polizisten wurden dabei schwer verwundet.

Im Kohlenbezirk von Tombrów, in Tschelabz und Sosnowitz fanden ebenfalls Massendemonstrationen statt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. Die Arbeiter leisteten heroischen Widerstand, als die Polizei ihre Demonstrationen aufzulösen versuchte. In Sosnowitz, wo der kommunistische Abgeordnete Genosse Kojchel die Ansprache hielt, eröffnete die Polizei das Feuer, wobei mehrere Arbeiter schwer verwundet wurden. Etwa 60 Demonstranten wurden verhaftet. Als Antwort darauf veranstalteten die Bergarbeiter neue Demonstrationen, sogar vor dem Magistrat und die Polizeibekleidung und forcierten die Freilassung der Verhafteten. Die Polizei wurde dabei mit Steinen beworfen. Diese Demonstrationen und Zusammenstöße hielten den ganzen Tag an.

Im Zentrum der polnischen Papierindustrie, Zselona, ließ die Polizei auf die Demonstranten und verwundete dabei drei Mann. Bei den darauffolgenden Zusammenstößen wurden auch zwei Polizisten verwundet. In Kutno (westlich von Warschau) löste die Polizei anlässlich der Demonstration eine Frau.

Genosse Leow spricht zu den Londoner Arbeitern

London, 2. Mai. Im Verlaufe der Londoner Matinee im Hydepark kam es bei den Demonstrationen, die nachmittags von etwa 10000 Kommunisten abgehalten wurden, zu Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei wurden zwei Polizisten verletzt und mehrere Personen verletzt. Sechs Kommunisten wurden in Haft genommen. Neben zahlreichen englischen und indischen Rednern

sprach auch der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Leow. Nach seiner Rede mußte er sich der Polizei gegenüber mit seinen Papieren ausweisen.

Massenstreik am 1. Mai in Schanghai

Gewaltige Demonstrationen trotz Belagerungszustandes und Polizeiterrors — Über 100 000 Arbeiter streikten — Schwere Zusammenstöße an der Ostbahn

Schanghai, 2. Mai. (Tasman.) Bereits am letzten April wurde in der Stadt Schanghai der Belagerungszustand verhängt. Am 1. Mai wurden die Straßen der Stadt, besonders die Hauptstraße, Nanjingroad, durch ein großes Aufgebot von Polizei und Militär bewacht. Die Zugänge zu den Auslandsbureaus sowie den einzelnen Magazinen zwischen der französischen Konzession und dem internationalen Stadtteil waren mit Stacheldraht abgesperrt.

Trotz dem ungeheuren Polizeiterror streikten am 1. Mai alle in Schanghai etwa 100 000 Arbeiter. Eine große Anzahl sozialistischer Flugblätter wurde verbreitet. In der industriellen Vorstadt Schanghai, Jansjapu, fanden große Demonstrationen statt. Es wurden in der Demonstration

zahlreiche Fahnen mit Aufschriften wie: „Soch die kommunistische Partei!“ mitgeführt. Zur Verhinderung der Maidemonstration hatten die Behörden von Kanton den Belagerungszustand erklärt und alle strategischen Punkte der Stadt mit Stacheldraht abgesperrt. Auf einer Station der südmandschurischen Eisenbahn zerschmetterten die chinesischen Arbeiter, in ihrer Empörung über die Haltung der Administration und besonders über die von der japanischen Polizei im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 1. Mai vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen, das Depot der Eisenbahn und entwaffneten die japanische Polizei. Bei dem darauffolgenden Zusammenstoß wurde ein Arbeiter schwer verletzt. An verschiedenen Punkten der Ostbahn kam es gleichfalls zu schweren Unruhen, wobei Militär gegen die Arbeiter aufgebieten wurde.

Massenaufmärsche in Japan

Tokio, 4. Mai. Die Polizei ergreift alle Maßnahmen, um Demonstrationen der linken Gewerkschaftsorganisation „Senko Högokai“ zu verhindern zu können. Sie ließ bereits in den letzten Apriltagen provokatorische Gerüchte verbreiten über eine angeblich von der Högokai organisierte „Verschwörung“. Auf Grund dieser Gerüchte hat die Polizei in Tokio und in anderen Städten mehrere tausend Mitglieder der Organisation verhaftet.

Trotz des Polizeiterrors vermochte jedoch die Högokai in den Arbeiterbezirken Tokio und in mehreren anderen Industriezentren Japans wichtige Kundgebungen zu veranstalten. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei überfallen und es wurden am 1. Mai selbst weitere 550 Arbeiter verhaftet. Außer Tokio fanden Straßenkundgebungen auch in Osaka, Koto, Nagoya, Kobe, Yokohama und Fukuoka statt.

Der Druckerstreik in Brüssel

Streikverbreiterung unter Führung der RSD.

Brüssel, 4. Mai. Dank dem sich verzehrenden Eifer der RSD. kammi der Streik der Maschinenisten wieder auf. Streikposten werden organisiert. Vor zwei Druckerbetrieben wurden trotz der Polizei die Streikdemonstrationen durchgeführt. Eine von der RSD einberufene Versammlung war von über 1000 streikenden Maschinenistern besucht.

Die Tätigkeit der RSD. wirkt sich günstig auf die Buchdrucker der Provinz aus. Obwohl die Gewerkschaft für das Buchgewerbe eine neue Forderung der gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker auf Unterstützung der Streikenden mit 10 Stimmen gegen 5 (früher gegen 2) verwarf, hat die Gewerkschaftsleitung von Lüttich (die zweifelhafte nach der von Brüssel) einen Aufruf zugunsten der Streikenden erteilt. In Brüssel fand am 1. Mai eine Demonstration von mehreren tausend streikenden Maschinenistern statt.

Das aufständische Madaira niedergeworfen

Nach blutigen Kämpfen unterdrückt

TU. Paris, 4. Mai 1931.

Die portugiesische Regierung hat von ihrem Vizekonsul in dem Gebiet der militärischen Operationen gegen die Aufständischen auf Madaira, ein Radiotelegramm erhalten, wonach die Aufständischen unter der Führung des Generals Soza Dias sich unterworfen haben. Die aufständischen Führer erklärten, daß sie sich vor der Übermacht der Regierungstruppen beugen, um unnötige Opfer unter der Bevölkerung zu vermeiden.

Vor der Kapitulation der Aufständischen fanden in der Gegend von Madaira blutige Kämpfe statt. Die Aufständischen unterwarfen sich erst, nachdem es den Regierungstruppen gelungen war, etwa 30 Kilometer von Funchal entfernt an Land zu gehen.

„Sunday Dispatch“ meldet, daß sich die Führer der Aufständischen dem britischen Konsul ergeben hätten, dem sie auch ihre Waffen abgeliefert hätten. Sie wären jetzt in einem Hotel interniert worden, wo sie den Einzug der regulären Regierungstruppen abwarten.

Nachdem der Zustand in Madaira beendet ist, trifft die portugiesische Regierung Vorbereitungen, um den Zustand in Guinea (Westafrika) zu unterdrücken. Zu diesem Zweck sollen 600 Mann der Madairatruppen nach dort geschickt werden. Die Aufständischen in Guinea steht unter der Leitung des Obersten Monteiro Filipe.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

1. Fortsetzung

Auf dem Stuhl vor seinem Bett brannte eine Kerze. Was nach es hier nicht zu beleuchten. Nicht einmal richtige Fenstervorhänge hatten sie sich bisher kaufen können. Jeden Abend nahm Anna die rote, alte Bettdecke und hing sie vor das Fenster. In dem Bett seiner Frau schlief der Junge.

Aus der Tür im Bett. Das Bettzeug noch feucht und muffig, wie die ganze Wohnung, an deren Wände ständig große, nasse Flecken waren.

Die Schultern, auf denen er lag, schmerzten durch den geringen Druck ihres eigenen Gewichtes. — Eine Schusterin war es heute wieder gewesen. ... 126 Rentner Weizen hatte er die Treppen hinauf in den Bau geschleppt ... nur nicht krank werden ... dann ist man die Arbeit los ... nächsten Mittwoch wird nicht gearbeitet ... gut so ... morgen ist Sitzung ... wenn die bloß oben mit der verrotten Redemühsel aufhöhen würden ...

Anna zog sorgfältig den Weder auf und steckte ihn auf den Stuhl.

Noch einmal tastete sich ein Bewußtsein an die Oberfläche zurück, als er spürte, wie Anna sich mit einem leisen Druck gegen sein Gesicht über ihn beugte, um mit der Hand das Licht neben ihm zu löschen.

Er schloß, daß ihre Haut weich und warm war ...

Die goldenen Kugeln der Nacht

II.

Die Straße schlief. Das trübe, gelbe Licht der wenigen Gaslaternen machte die helle, menschenleere Gasse nur noch trübseliger, einleiner. Die letzten Anstreicher schliefen. Jemandem ratterte polternd eine Kettenschleife herunter. Eine Kugel lief erschreckt über den Damm und verlor sich in einer zerbrochenen Kalksteinherde. Dann war es wieder ruhig.

San der Stadtbahnbrücke, am Rietfeldplatz, trug der Kopf-

wind das hohle, langgezogene Rollen der letzten Blüge als ein fernes, gedämpftes Geräusch in die dunklen, schweigenden Höfe der Hinterhäuser. Hier und da leuchteten noch an den Schwänzen, eng ineinandergeschobenen Mauersfronten Wäcker hinter verhängenen Fenstern. Eine nach dem anderen erlosch. In den Nacht mit Menschen gedrängten Steinfluchten des Wedding wird es früh Nacht. Die Röhre der Arbeiter fand kurz.

Der einzige harte Laut kam von den genagelten Polizeihelmen der Patrouillen, die in kurzen, regelmäßigen Abständen, ohne sich aufzuhalten, schnell durch die stille Straße gingen. Immer drei Mann.

Zwischen schwarzen Brandmauern und Schmalen, tiefen Höfen, lag trübe und schmutzig die Wüste der Schlafenden. Die Patrouillen — im Sommer badeten die Kinder darin — konnten sich nicht einmal die Sterne dieser wolkenlosen, kalten Aprilnacht spiegeln.

In den engen Stuben umspülte die kühle, verbrauchte Luft vieler Menschen in einem Raum die Gesichter der Schlafenden. Treppen, Klure, Stuben, Quere und Hinterhäuser, das war alles unerkennlich dicht zusammen. Raum Wände und Luft drückten. Einer spürte den schweren, unruhigen Atem des anderen. Der Geruch der Menschen drang durch Wände, Spalten und Verhänge. Meier, Untermieter, Schlafkinder und der Fisch dieser Gasse — die Kinder, von denen es kaum eins gab, das in einem eigenen Bett schlafen konnte.

Die Hinterhöfe und kinderbefüllte Straße, des großen, hungernden Berlin ...

Auf den Treppenschritten lauerten in sich zusammengekrümmte Menschenbündel. Obdachlose, die in dem nächstgelegenen Hof keine Unterkunft mehr gefunden hatten. Man ließ sie. Auch diese Menschenbündel auf den Treppen schliefen und hatten ihre kurzen, quälenden Träume, ihre Wengste und Schweißschichte ...

Auf einem Hof zerzöh der trockene, bellende Hullen eines Schwanzschwanzigen in kurzen Aufschreien die Stille. Im Querschnitt, vierter Stock, etwas hinter einem roten Tuch am Fenster lag Licht. In der Schmalen Küche lag außer der alten Mutter Johanneken, die immer erst gegen Morgen einschlafen konnte, der junge Metzgermeister, ein Schlafkinder. In der dampfenden kühlen Luft des kleinen Raumes spürte er über sich den heißen Mund des Mädchens, das in dieser Nacht bei ihm schlief. Hinter der Wand spielte ein Radio nach Langmuß.

Ein Fenster klickte auf dem Hof. Eine Gruppe dieser Schritte

ein Betrunkener, und auf drei, vier Höfen, die ineinandergebaut waren, hörten es ein paar hundert Menschen: Franz ist wieder beloffen!

Zu eng ist das alles ... der Mensch muß doch mal Luft haben ... die Kreatur, die sich immer wieder an Menschen und Wänden kaputt schlägt, muß doch mal ... ein bißchen Luft haben! Was da! — Was da! Was da! noch einen Schnaps ... Das löst den Klumpen da drin und macht alles weich, warm und hell. Und dann kommt Franz nach Hause und will alles entzwei schlagen —!

Menschen schliefen und träumten in dieser Nacht. Andere Träume als sie diejenigen haben, die in großen laubenden Schlafzimmern ruhen. Quälende, kurze Träume, beschattet von den Sorgen und Ängsten des Tages, verflucht von dem starr abweisenden Gesicht des Bekleidungsjuden, des Beamten im Wohlhabenden, der Stempelbude, des Arzeneiarztes, des Schlafmittels ...

Drohende, feindselige Gesichter, die als spukhaft, grotesk verzerrte Fratzen einer brutalen Wirklichkeit nach in demütigten Nächten die Menschen in den Schweiß angsterfüllter Träume hegen ... Träume von immer schneller rotenden Flüchtlingsbäntern, von drüllenden, vermalenden Dampfhammern, von nervenzerschütternden Rhythmus der automatischen Stampmaschinen, von hüpfenden Betonmassen ... Frauen, die im Schlaf aufschreien, weil ihr betrogener Körper nicht den wahnwitzigen Schmerz eines längst vernarbten, rohen Eingriffs vergessen kann. — Träume der Jungen, die das Leben noch nicht völlig ausgebrannt hat, von kümmerlichen, fremdbürgerlichen Schicksalen ... eine weißgeputzte Wohnlaube mit großen gelben Sonnenblumen ... eine Schaukel für die Mädchen am Sonntag ... und rotglühende Papierlaternen für die Sommerabend im Garten ... Kinder träumen von einem Boot neuer Siesel, von dem warmen Ofen in der Schule und den Kesseln unten bei der Obstfrau. Auf die welche, warme Haut der Kinder fallen nachts die Wangen von den heiligen Tapeten ...

Dröhnende Schläge an der Wohnungstür!

In drei, vier Stuben schloß das harte Pochen wie eine Faust in die Gehirne der Schlafenden. In die wenigen Sekunden der bewußtlosen Geruchswahrnehmung bis zum bewußten Hören, pressen sich schreckhafte Träume. Von dem Gerichtsbeamten, der zermittelt, von der Polizei, die zur Hausführung kommt, von dem Hausverwalter, der drohend die rückständige Miete verlangt ...

(Fortsetzung folgt)



Nehmen Sie die Knochen zusammen!

Rachstehendes Kulturdokument möge zur Erheiterung der Leser der Arbeiterstimme beitragen:

Sächs. Militärverein ehem. 177er Dresden-A., 18. 2. 1931
Gegründet 1904 Rühlensplatz 3, III.

Herrn Max Kühle, Dresden-A. 5, Friedrichstraße 25, II.

Von verschiedenen Brudervereinen sind Beschwerden an mich gelangt über Ihr Auftreten bzw. Ihre Art in den Vereinen Geschäfte machen zu wollen. Ich muß Sie ersuchen, im Verkehr mit Brudervereinen die Höflichkeit zu beachten, die im Verkehr mit fremden Personen üblich ist. Es ist ganz unangehörig, die Kameraden der Brudervereine ohne weiteres mit Du anzureden und auch in dieser Weise Schriftwechsel zu führen. Sollten nach dieser Richtung hin neuerdings Klagen kommen, so würde ich mich veranlassen sehen, Ihren Ausschluss aus dem Verein zu beantragen und die Brudervereine zu verständigen, daß Sie nicht mehr Mitglied des Vereins sind. Hochachtungsvoll
Kühnlich,

„Kamerad“ Kühle, da hast du dein Zeit! Du wirst nun wohl von dem Glauben fariert sein, daß die „Kameradschaft“ solcher Herren, wie es der Hauptredakteur Kühnlich von der „Allianz“-Verständigungsgesellschaft mit ungeschicklichem Einfallen von 178 000 Mark einer ist, länger dauert, als die Zeit als Kanonenfutter im Interesse des Kapitalismus zu dauern. Du wirst einsehen, daß diese „Kameradschaft“ purer Schwindel ist und daß eine wahre Solidarität nur bei der revolutionären Arbeiterklasse besteht. Das Wortspiel, in deren Reihen einzutreten, muß auch bei den Kapitalgebern immer mehr schwinden.

Gold aus Elend gepreßt!

41 Milliarden 600 Millionen Kapitalvermehrung

1924 bis 1928 hat das Trustkapital rund 41 Milliarden Mark neues Kapital angehäuft. Außerdem wurden noch 9 bis 10 Milliarden als Reparationen dem internationalen Ausbeutergesindel in den Rücken geworfen. Die Kapitalanhäufung ist möglich als Folge der streikbrecherischen Rolle der SPD. Auf dem Elend der Millionen Werktätiger wachsen die großen Vermögen. Formiert die Reihen zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft!

Antrag gegen Polizeifurs; für Agitationsfreiheit!

Durch SPD und Bürgerliche verschleppt

Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium fand am Montag folgender Antrag:

Kollegium sollte beschließen, den Rat zu ersuchen, beim Polizeipräsidenten zu beantragen, daß während des Stenografenwahlkampfes, der bis zum 17. Mai durchgeführt wird,

1. die verfassungsmäßigen Bestimmungen, die das Flugblattverbreiten vor den Schulen sowie auf Straßen und Plätzen unterliegen, aufgehoben werden;
2. alle Veranlassungen, die anlässlich des Stenografenwahlkampfes stattfinden, sowie die Flugblätter, die dazu herausgegeben werden, nicht anmeldepflichtig sind.

Der Antrag wurde durch die SPD gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien bis zum 11. Mai vertagt. Damit unterstützen die „Linken“ ganz offen den Polizeifurs und den Faschismus.

Die Werktätigen müssen antworten durch verstärkten Kampf für den Sieg der Liste „Proletarischer Schulkampf“!

Was sie fürchten

Der Teufelsdienst verbreitet eine Meldung, wonach in Steinschönau durch Kommunisten eine Sammlung durchgeführt worden sein soll, um eine Reise nach Russland zu ermöglichen. Wenn die Sammlung noch in Parteimitgliedschaften durchgeführt worden wäre, dann könnte man das noch verstehen, so aber ...

So ruft er entsetzt. Ja, es ist doch zum Verzweifeln. Da hören die Proleten was von Sowjetrußland und schon wollen sie sich einmal persönlich überzeugen. Das ist doch unerhört. Was soll denn werden, wenn diese Leute dann wieder kommen und schließlich gar für das bolschewistische System einstehen. Das wäre doch Import des bolschewistischen Bazillus. Sowas muß verhindert werden.

Ja, wenn es um Sammlungen für die Reichswehr, Innere Mission oder die Heilsarmee ginge, dann hätte auch der Teufelsdienst nichts dagegen einzuwenden. Aber so ...

Die Proleten werden daraus die Lehre ziehen, daß sie alle Kräfte einlegen müssen, nun erst recht zu kämpfen für ein freies sozialistisches Deutschland!

Ein Mieterfeind beurteilt

Endlich einmal. Obwohl wir kein Freund der bürgerlichen Gerechtigkeit sind und keine Freude über Urteile dieser haben, haben wir jetzt doch einmal einen Fall zu registrieren, wo man Freude haben muß. Der seltene bekannte Hauswirt und Mieterfeind Wilhelm Cotta, Klopffeldstraße 38, hat seit Jahren verstanden, im Duzen von Miet- und Privatprojekten sich als besonders „nationaler“ Mann dem Gericht zu präsentieren. Durchweg behauptete und schikanierte er die Mieter, ja, bedrohte sie sogar mit dem Revolver, bekam aber immer bei den Gerichten recht. Die Mieter waren direkt verzweifelt, so daß sogar in einem Falle Schwermut die Folge seiner Schikanen war. Sobald irgend einmal ein Prozeß zu scheitern schien, dann versuchte er es mit einer Weineidangelegenheit. Er schreckte sogar nicht davor zurück, dramatische Szenen (sogenannte Autoritäten) der städtischen Leichtfertigkeit zu beschwören, ohne daß ihn hierfür (wie in anderen Fällen) die rächende Justiz packte. Durch diesen Umstand frech geworden, trieb ihn doch jetzt endlich einmal das Schicksal. Er hatte die, nicht zuletzt durch seine Schikanen zur Schwermut getriebene Frau eines Mieters durch öffentliche Anpreisung beleidigt. Darauf der Ehemann Klage anstregte und Herr W. ein Pfander auf sein Väterhaus bekam. 40 RM Geldstrafe oder 8 Tage

Die antibolschewistische Fratze des Mietervorstandes

Herrmanns „Kampf“ gegen Wohnungselend!

Faschistisches Agitationsbüro / Nebengeschäftsstelle des Hausbesitzervereins oder ...? Mieter, räumt auf mit den Agenten unserer ärgsten Feinde

In der Dresdner Mieterzeitung wird in der letzten Nummer vom 1. Mai unter der Überschrift „Sentation und Verbrechertum“ zu den letzten Kriminalprozessen, beginnend mit „Berliner Unterweltprojekten“, „Kotsdamer Blutschandprojekten“, und zuletzt zum „Kürten-Projekt“ Stellung genommen. Diese Zellen dürfen von den zum Lesen dieser Zeitung verurteilten Vereinsmitgliedern nicht unüberprüft hingeworfen werden. In dem Artikel wird gewettert gegen die Sentimentalität der Presse gegenüber kriminellen Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft. Den wahren Zweck des Artikels aber erkennt jeder aus dem Schlußabschnitt. Dort verleiht der Verfasser folgende Geistesblitze:

„Wir wandern um, wenn ein jugendliches geistvolles und elegantes Großstadtpublikum den verlogenen Sommersprossen der Piscatorbühne und ähnlicher, von wahrer Kunst völlig verlassener Darbietungen aufjubelt.“

Den Gipfel der Schamlosigkeit erreicht aber dieser erbärmliche Schmutz mit folgendem Satz:

„Es ist höchste Zeit, daß die vernünftigen und erziehbaren Menschen sich zusammenschließen und dem Hebelismus der Verbrecher und jeglicher Harmonieblödel ein Ende bereiten.“

Verbrecher und Piscatorbühne sind Herr Herrmann also eins. Wirklich, eine bessere Hilfe konnten sich die Hausbesitzer, die Bredt, Paul und Labemann, nicht vorstellen. Diese Seite ist um so erbärmlicher, als jeder, der die Piscatorbühne hier in Dresden bei der Aufführung des Stüdes „Frauen in Rot“ gesehen hat, wird zugeben müssen, daß das beherrschende Moment dieses Stüdes die Anklage gegen die Wohnungsnot ist. Niemals und nirgends wird schonungslos gegen die verheerenden Folgen der Wohnungsnot Front gemacht als hier.

Jeder werktätige Mieter müßte gerade dieses Stüd gefehen haben, um die Notwendigkeit des schärfsten Kampfes gegen die Wohnungsnot zu erkennen und sich in die Mieterfront einzureihen. Es ist das Verdienst der Piscatorbühne, daß sie den Werktätigen dieses Botschafts näherbringt. Den Herrmann und Groß blies es vorhalten, diese Bühne in den Dreck zu ziehen und ihre Tätigkeit derjenigen krimineller Verbrecher gleichzustellen.

Was sagt im übrigen die gesamte Leitung des Mieterbundes zu dieser Schmutzerei?

Im Vorstand des Mieterbundes sitzen Sozialdemokraten, „Links“, wie sie sich immer so gern selber nennen. Was sagen sie zu dieser Schmutzerei der Zeitung? Herrmann hat schon in der vergangenen Periode gezeigt, wohnt er gehört. Wir erinnern nur daran, daß die Mieterzeitung vor der letzten Reichstagswahl die Nazis, die schon damals unter Fritsch in Thüringen den Mieterkampf reiflos für alle Gemeinden bis auf drei Viertel abgebaut hatten, den Mietern als mieterfreundliche Partei empfohlen hat. Niemand hat gehört, daß Herr Herrmann deshalb zur Verantwortung gezogen worden wäre. Von diesem Vorstand ist deshalb auch diesmal nicht zu erwarten, daß Herrmann zur Verantwortung gezogen wird.

Was müssen die Mieter tun?

Die Mieter müssen Herrn Herrmann und diesen Vorstand zur Rechenschaft ziehen. Sie dürfen nicht dulden, daß diese Schmutzereien in der Mieterzeitung erfolgen. Sie müssen Schluss machen mit dieser antibolschewistischen Führung, die offen den Faschismus unterstützt. Kampf dem Abbau der Mieterrechte. Das ist Kampf dem Faschismus. Dieser Kampf kann nicht geführt werden mit einer Zeitung, die den Faschismus unterstützt, sondern nur ohne und gegen diese. Deshalb, Mieter: Heraus, ehe es zu spät ist! Nehmt die Zeitung zur Verantwortung! Organisiert den Kampf gegen Mieterreaktion und Faschismus!

Das teure Freibankfleisch

Die Direktion des Städtischen Vieh- und Schlachthofes bestätigt unsere Angaben

Wir erhalten von der Direktion folgende Auskunft:

„Es bedauerlich es ist, daß infolge des starken Andranges an den Freibankverkaufsstellen den Käufern unter Umständen ein längeres Warten nicht erspart bleibt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß der Zweck der Freibankverkaufsstellen vom Publikum vielfach verkannt und angenommen wird, daß diese Verkaufsstellen insbesondere dem Zweck dienen, der minderbemittelten Bevölkerung Fleisch billig zugänglich zu machen.“

Der Fleischverkauf auf der Freibank erfolgt nicht mehr im Interesse eines reellen Geschäftsverkehrs. Fleisch, das bestimmte Veränderungen anweist oder aus sonstigen Gründen nicht mehr wertig ist, ohne gesundheitsschädlich zu sein, muß nach den gesetzlichen Bestimmungen dem freien Verkehr entzogen und amtlich verkauft werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß solches nicht vollwertiges Fleisch billiger sein muß als uneingeschränkt taugliches. Der Verkaufspreis ist jedoch im einzelnen nach der Qualität des Fleisches festzusetzen.

Der Kauf von Fleisch auf der Freibank steht mit Ausnahme von Fleischern, Fleischhändlern, Gastwirten usw. jedermann frei. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß der Rat der Stadt nicht Eigentümer des Fleisches ist, sondern dieses nur für andere verkauft. Dabei ist er verpflichtet, auch die Interessen der Eigentümer zu wahren.“

Schlachtwiechmarkt. Wegen des Himmelsfalls und des Pfingstfestes tritt eine Verlegung der hiesigen Schlachtwiechmärkte wie folgt ein: Der Donnerstagmarkt am 14. Mai wird auf Mittwoch den 13. Mai verlegt und in der Woche nach Pfingsten wird nur ein Schlachtwiechmarkt abgehalten, und zwar am Mittwoch dem 27. Mai d. J.

Ungeklärter Verkehrsunfall. Am 2. Mai kurz nach 8 Uhr stießen auf der Kreuzung Winterberg- und Zwingplatz zwei Personentransportwagen zusammen, wobei der eine in der Nähe der Kreisgrube umstürzte. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Personen erheblich verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht restlos geklärt. Personen, die den Zusammenstoß beobachtet haben, werden gebitten, Angaben nach dem Kriminalamt, Zimmer 73, zu machen.

Verschiedene Einbrüche. In der Nacht zum 3. Mai drangen Unbekannte auf der Paunzer Straße in Geschäftsräume ein. Türen und Kasse wurden aufgebrochen und schwer beschädigt. Die Täter erlangten gegen 200 RM Bargeld. — In derselben Nacht wurde in eine Drogerie, Wintergartenstraße, eingebrochen. Auch dort hatten es die Diebe nur auf Bargeld abgesehen. Der erbeutete Betrag war jedoch gering. — In der Konradstraße erlangte ein sogenannter Klingelfahrer eine Stahlkassette, die aber nur alte Münzen und Porzellangeld enthielt.

30 Jahre Loschwitzer Bergschwebebahn

Die Bergschwebebahn von Dresden-Loschwitz nach Oberrosch mit besteht in diesem Jahre 3 Jahrzehnte. Sie wurde am 6. Mai 1901 eingeweiht und am 11. Mai für das Publikum eröffnet.

Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, als sich die Großstadt Dresden immer weiter ausdehnte und das städtische Straßenbahnnetz mehr und mehr die Vororte erfasste, entstand der Wunsch, das Hügelland oberhalb Dresdens, rechts der Elbe, von Loschwitz aus durch Bergbahnen zu erschließen. Diesem Wunsche verdankte zunächst die Drahtseilbahn Loschwitz-Weißer Hirsch ihr Entstehen, die am 1. Oktober 1895 eröffnet worden ist. 5 Jahre später folgte dann die Bergbahn zum Kochwitzer Höhenplateau.

Da hier auf einer Länge von 200 Meter eine Höhe von 80 Meter, also eine Steigung von 31 Grad bewältigt werden mußte und außerdem auch zwei Strahlen, die Viktorialstraße und der Erste Steinweg, zu kreuzen waren, ohne daß der Verkehr behindert werden durfte, entschloß man sich zur Anlage einer Schwebebahn.

Von Anfang an erstreute sich die Bahn des rüstigen Zuspruchs der Dresdner. Wurden doch im 1. Betriebshalbjahr über 300 000 Fahrgäste befördert, täglich im Durchschnitt 3680.

Die Masse der Menschen, die von der Bergschwebebahn emporgetragen wurden in das reizvolle Elbhügelland oder die von den Höhen wieder hinabgestiegen zu Tale, zählt nach Millionen. Besonders an schönen Sommertagen und zu Ökern und zu Pfingsten ist der Andrang so stark, daß er nur unter Aufsicht aller Kräfte bewältigt werden kann. Aber niemals hat die Schwebebahn versagt, immer ist sie in den 3 Jahrzehnten ihres Bestehens ihrer Aufgabe gerecht geworden.

Bleiblich nimmt die Direktion bei dieser Gelegenheit einmal eine Senkung der Fahrpreise, die besonders in der gegenwärtigen Periode sich bei den Werktätigen fühlbar machen würde, vor.

Oeffentliche Wehrkundgebungen 2 Jahre RFB-Verbot

Heute Dienstag 5. 5. 20 Uhr Gasthof Leutewitz Morgen Mittwoch 6. 5. 20 Uhr Kristallpalast Es sprechen Otto Heckert, Chemnitz, und Lohagen, M. d. R., Berlin. Unkostenbeitrag 30 Pfennig, für Erwerbslose 20 Pfennig. Die Genehmigung beim Polizeipräsident ist beantragt.

Brand durch Spirituslocher

Am Sonnabendnachmittag entstand in einer im 3. Stockwerk eines Grundstücks der Wilsdruffer Straße 18 gelegenen Wohnung durch unvorsichtigen Umgang mit einem Spirituslocher ein Brand, dem ein Schrank und ein Korb Holz zum Opfer fielen. Die rasch herbeigerufene Feuerwehr konnte weitere Gefahr für das Grundstück verhindern.

Geistesranke auf Fensterstoß

Gestern 5 Uhr lagen Balken auf dem Fensterstoß eines Grundstücks der Wilsdruffer Straße eine Frau nur mit dem Hemd bekleidet liegen. Wohlfahrtspolizei stellte fest, daß es sich um eine Geistesranke handelte und veranlaßte ihre Ueberführung ins Krankenhaus.

Durch Volkstrauwagen lebensgefährlich verletzt

Gestern mittag wurde eine Radfahrerin auf der Königsbrüder Straße durch einen Volkstrauwagen zum Sturz gebracht, überfahren und so erheblich verletzt, daß mit ihrem Wiederaufkommen gezweifelt wird.

Immer wieder Abzprung von der fahrenden Straßenbahn

Am Sonntag sprang Ede Bischofsweg und Ramenzer Straße ein 50 Jahre alter Mann von einer landwärts fahrenden Straßenbahn der Linie 5. Er mußte mit schweren Kopfverletzungen, die er sich durch den Sturz zugezogen hatte, nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Schwere Verletzungen erlitt eine 75 Jahre alte Frau, die beim Uebersteigen der Hochbahn Ede Wiener und Beuststraße von einem Radfahrer angefahren wurde, daß sie auf die Straße lag. Sie erlitt schwere Kopfverletzungen und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Großes Heil wird unserem Vaterlande toderfahren!

Reichskanzler Dr. Redlob ist mit der Prüfung von Entwürfen für die Erneuerung der Grenzpfähle des Deutschen Reiches betraut worden.

Es handelt sich hier um eine zweifelslos „hochwichtige“ Angelegenheit, die geeignet sein dürfte, „unser deutsches Vaterland“ aus dem wirtschaftlichen Elend herauszubringen und herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Oder will Herr Dr. Redlob lediglich seine Existenzberechtigung nachweisen?

Die Dritte Internationale wird wahrscheinlich den neuen Ausdünstungen auch nicht mehr Respekt entgegenbringen, als den bisherigen. Für das internationale Proletariat gibt es keine Grenzen!

Ostschlesien

Ihr laßt die Armen schuldig werden...

(Arbeiterkorrespondenz 286)

Birna. Ein Landarbeiter berichtet uns: Seit einiger Zeit wohne ich hier in Krebs bei einer armen Frau, ihre Mann verstarb 2 1/2 Jahre Gefängnis, ihre Kinder sind in einem Stütz in Dresden. Der Bürgermeister Reppchen entzog der Frau monatlich die Unterstützung. Die Amtshauptmannschaft Birna teilte ihr mit, daß ihr Antrag auf Unterstützung abgelehnt sei und daß sie im April Arbeit bekomme. Auf Beschwerde an die Amtshauptmannschaft Dresden wird Frau Jung zum Bürgermeister beordert. Es erscheint ein Amtsdienster in ihrer Wohnung und befiehlt ihr im barischen Tone, ihn zum Bürgermeister zu begleiten, er hätte Arbeit für sie. Frau Jung geht mit und beantragt beim Bürgermeister Unterstützung, da sie nichts mehr anzuziehen habe, sie bittet um eine Windjacke. Der Bürgermeister lehnt es ab mit der Begründung: „Es sei kein Geld in der Kasse. Darauf begleitet ihn Frau Jung nach Birna, um mit dem Direktor zu sprechen. Doch der Herr Direktor ist für Frau Jung nicht zu sprechen. Frau Jung wird hin und her geschickt, man gibt ihr keine Unterstützung, zwingt sie zu irgendeiner Arbeit und verweigert ihr die notwendigen Arbeitslöhne.

Es ist bezeichnend für diese Republik, daß man arme hilfslose Menschen zur Verzweiflung treibt, bis sie zum Selbstmord greifen oder mit dem bürgerlichen Gesetz in Konflikt kommen. — „Es sind ja Justizhäuser da.“ sagen sich diese Herren.

Die Werktätigen müssen daraus erkennen, daß nur der Kampf mit der KPD für ein sozialistisches Deutschland Rettung bringen kann.

Was geht in der Weinböhlauer Krankenkasse vor?

(Arbeiterkorrespondenz 280)

Weinböhl. Bekanntlich sind vor kurzer Zeit an der hiesigen Ortskrankenkasse umfangreiche Unterschlagungen vorgekommen. Da auf Grund der Unterschlagungen der Kassier verhaftet wurde, machte sich innerhalb der Verwaltung eine Neubekanntmachung des betreffenden Ressorts notwendig. Wer nun geglaubt hatte, daß man einen erwerbslosen Angehörigen einstellen würde, da es ja Tausende von erwerbslosen Angehörigen einsteilen würde, der hat sich gewaltig getraut. Es trat ein, was viele vorher behaupteten. Der Posten wurde ohne Berücksichtigung der erwerbslosen Angehörigen besetzt. Es wurde nur eine Verkleidung der Posten vorgenommen. Der bisherige Kassier ging ins Büro und ein W. S., der vorher noch schnell von der KPD zur SPD übertrat, wurde Kassier. Das ist natürlich bei der SPD, die hier die Verwaltung leitet, keine Verwunderung. Oder doch? Jedenfalls glaubt niemand mehr den Argumenten der SPD, um so mehr als der 2. Mann laut lange auf sich warten lassen würde. Nebenbei wie war es doch beim Krankentafelneubau? Damals bekam der Erwerbslosenrat durch die Gemeinde die Anweisung, die ausgekehrten Bauarbeiter in eine Kasse einzutragen. Es wurden jedoch keine ausgekehrten Bauarbeiter eingetragen, sondern man sah Bäder usw. und drei Gebrüder S. auf dem Bau. Die Werktätigen werden auch darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen haben.

Ein Beitrag zum Thema § 218

(Arbeiterkorrespondenz 261)

Weinböhl. Wieviel Frauen und Mütter gehen jährlich durch diesen Mord- und Schandparagraphen zugrunde oder hängen elend dahin. Da der Paragraph es dem Arzt verbietet, einen Eingriff vorzunehmen, gehen die Frauen und Mütter in ihrer

Gelbthilfe der Erwerbslosen in Bannewitz!

Der Erwerbslosenausschuss in Bannewitz hat am 27. 4. 31 in einer volkstümlichen Erwerbslosenversammlung über die durchgehende Lebensmittelbeschaffung berichtet. Gen. Anders gab bekannt, daß der SPD-Vorsitzende Vogelgesang sowie der Lagerhalter vom Konsumverein, Spengler, gegen vielen Lebensmittelvertriebe gehandelt hätten. Der Kassier ging sogar so weit, die Beschaffenheit der Lebensmittel herabzuwürdigen, anscheinend, weil er in uns eine Konkurrenz mittert. Gen. Schuberth sagte es diesen Herren deutlich, daß der Konsumverein Vorwärts keine proletarische Einrichtung sei, sondern durchaus kapitalistisch geleitet wird. Auch sind bei ihm die Gehaltsangelegenheiten genau so „geregelt“ worden wie in jedem anderen kapitalistischen Betrieb, nämlich Lohnabbau bei den Verkäuferinnen, Gehaltsaufhebung bei den hohen Gehältern, allererste Auszahlung der Sitzungszimmer usw. Ferner machte er dem Konsumverein den Vorwurf, daß er keine Kampfpresse ausstellt. In der Debatte kam von Seiten der Erwerbslosen zum Ausdruck, daß die Lebensmittelbeschaffung durch den Ausschuss fortgesetzt werden solle, weil die Erwerbslosen keine Luft mehr hätten, weiter zu darben, sondern sofortige Hilfe schaffen wollen. Dielem Standpunkt konnte sich sogar der SPD-Vorsitzende Vogelgesang nicht verschließen, so daß er ebenfalls für die Fortsetzung der Lebensmittelbeschaffung durch den Erwerbslosenausschuss stimmte, während der Lagerhalter Spengler sich weiterhin ablehnend verhielt.

Erwerbslose und im Betrieb befindliche Arbeiter, laßt ihr allgemeinen Preisabbau und kämpft um eine bessere Lebenslage! Reicht euch ein in die rote Klassenfront! Reist die Arbeiterkammer!

Forderungen der Erwerbslosen

Die Erwerbslosen der Amtshauptmannschaft Birna nahmen in einer Bezirkskonferenz folgende Entschlüsse, die sich sämtliche Erwerbslosen zu eigen machen müssen, an:

Till, Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Birna

Die am 20. April 1931 in Birna tagenden Vertreter der Erwerbslosenausschüsse der Amtshauptmannschaft Birna erheben hiermit schärfsten Protest gegen die Abbaumaßnahmen bei den Fürsorgeempfängern. Wir fordern eine einheitliche Reichsfürsorge, und zwar mit folgenden monatlichen Richtsätzen:

Für ein Ehepaar	110 RM
Für ledige mit eigenem Haushalt	85 RM
Für ledige ohne eigenem Haushalt	70 RM
Für Kinderzuschlag	40 RM

Diese Sätze sind berechnete Forderungen, und die Fürsorgeempfänger werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese elementaren Forderungen kämpfen. Folgendes Beispiel aus einer Gemeinde der Amtshauptmannschaft möge auszuweisen dienen:

Der 1. Mai in Meissen

Probationsversuche des Reichsbanners und der Meißner Polizei — Schamlose Volksverwirrung der Meißner Volkszeitung

(Arbeiterkorrespondenz 275)

Was sich am 1. Mai um 15.30 Uhr in Meissen abspielte, ist die Auswirkung der täglichen Hetze, die die Meißner Volkszeitung gegen die KPD getrieben hat. Schon am Donnerstag dem 30. April findet man im Leitartikel zum 1. Mai an der Spitze eine demagogische Hetze gegen die Sowjetunion, die den sozialdemokratischen Arbeitern aufzeigt, welche antimilitärische Rolle die sozialdemokratische Führung spielt. Man ist in Meissen von der Volkszeitung schon allerhand an Kommunistenhetze gewöhnt, aber dies übertrifft alles bisher Dagewesene. Wir bringen die Spitze des Leitartikels:

„In den letzten vier Jahrzehnten, seit zum erstenmal der Kampf um 1. Mai über Land und Meer erschallt, hat sich das Ansehen der Gesellschaft so grundlegend verändert, wie kaum je zuvor in einem gleichen Zeitraum. Staatliche Formen, die aus grauer Vorzeit überkommen und noch für ferne Zukunft unzerstörbar schienen, sind im Sturm gebrochen und durch neue ersetzt. Der Faschismus, als das hinterste Wahrzeichen grammatikalischer Terror, ist verschollen. An seiner Statt herrscht heute ein Regime, das nicht minder blutig, nicht minder verlogen und nicht minder grausam ist, dafür aber mit dem Namen der Arbeiter und Bauern ein freies Spiel treibt.“

Auf diese Gemeinheiten haben am 1. Mai die zünftigen Arbeitbrüder in einem Brief, den wir an anderer Stelle wiedergeben, geantwortet.

Als am 1. Mai zur mit dem Polizeikommando vereinbarten Zeit der vom revolutionären Komitee unter roten Fahnen und zahlreichen Transparenten mit den Kampfparolen des revolutionären Proletariats demonstrierende Zug auf dem Marktplatz aufmarschieren wollte, sollte die Meißner Volkszeitung entgegen. Der Grund war folgender:

Der Zug von der Sozialdemokratie und vom UGB war nach auf dem Markt, und der Sozialist Geller hielt seine

Rot zu einem Pfänder oder nehmen selbst einen Eingriff vor, was in den meisten Fällen den Tod oder langjähriges Gefängnis zur Folge hat. Trotzdem weigert sich die kapitalistische Gesellschaft, diesen Paragraphen zu befehligen, obwohl gerade von diesen Leuten dieser Paragraph am häufigsten übertreten wird, aber für sie ist dieser Paragraph ja kein Hindernis, denn sie haben ja im heutigen Staat die Macht und die nötigen Mittel. Diese Gesellschaft findet es ganz in der Ordnung, daß der Arbeiter viel Kinder zeugt, fragt aber den Teufel danach, ob die Kinder das nötige zum Leben haben. Ja, man fürzt sogar noch die ge-

Die antifaschistische Freiheitsarmee

der Jugend rüstet zur Kundgebung für Freitag den 8. Juni 1931 im Keglerheim, Friedrichstraße.

ringen Unterstützungen und Löhne, die kaum noch zur Anschaffung des Notwendigen reichen. Einen solchen trafen Fall haben wir in Weinböhl. Ein erwerbsloser Kollege verfiel seiner schwangeren Frau freiwillig bei der Krankenkasse weiter, damit sie in den Genuss des Wochenlohns kommt. Die Frau bekam nun nach ihrer Niederkunft 3,50 Mark Wochenlohn und 1,75 Mark Stillgeld, zusammen also 5,25 Mark. Was machte nun die Fürsorgeverwaltung? Statt der stillenden Mutter aus Fürsorgemitteln eine extra Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie ihr Kind möglichst lange stillen konnte, brachte sie es fertig, die Fürsorgeunterstützung des Kollegen um 5 Mark zu kürzen, so daß dem Ehepaar mit 2 Kindern gerade 10 Mark pro Woche verblieben. Darum, Arbeiter von Weinböhl, aufgewacht und eingereicht zum Kampf für ausreichenden Säuglings- und Mutterlohn!

Aus der Partei

Die Mitglieder der Partei, Rojewitsch und Körner, der Betriebsratel Komag, Blauen, haben sich durch ihr Verhalten am Landesarbeitsgericht eines schweren Verstoßes gegen ihre Pflicht als Kommunisten und rote Betriebsräte schuldig gemacht. Die Genossen waren als Betriebsräte wegen Betriebsstilllegung entlassen worden. Vor dem Arbeitsgericht haben sie auf Wiedereinstellung Klage geführt. Die Verwaltung der Komag hat wiederholt den beiden Genossen Angebote auf Abfindung gemacht, die aber von den Genossen immer wieder abgelehnt wurden. Vor dem Landesarbeitsgericht haben die beiden Genossen ein Angebot der Firma, gegen eine Entschädigung von 1500 Mark auf die Weiterführung der Klage zu verzichten, angenommen. Damit haben sie sich in Widerspruch gebracht mit den Auffassungen der kommunistischen Partei und der KPD. Die KPD erklärt ausdrücklich, daß sie es unter keinen Umständen duldet, daß Mitglieder der Partei in einem solchen Falle auf eine Weiterführung der Klage verzichten, sondern sie fordert von ihren Mitgliedern und roten Betriebsräten, daß sie unter allen Umständen den schärfsten Kampf führen um die Anerkennung ihrer Rechte. Dabei haben sie sich immer leiten zu lassen von den Interessen der Besitzschaft. Gegen diese Auffassung haben die Genossen Körner SPD-Führer, aus diesem Verstoß der Genossen Rojewitsch und Blauen, die Verträge der Reformierten und Körner politisch Kapital zu schlagen, werden ihnen nicht gelingen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer und die Führer der SPD sind die allerersten, die einem Arbeiter wegen einer solchen handlungsweltigen Vorgehensweisen machen können. Ihr Verstoß läuft also nur darauf hinaus, von ihrer eigenen verantwortlichen Politik gegenüber den Arbeitern abzuweichen.

Die KPD nimmt zu derzeitigen Handlungen ihrer Mitglieder selbst Stellung und zieht daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen. Das Sekretariat der KPD hat zu dem Verhalten von Rojewitsch und Körner Stellung genommen und beurteilt aufs schärfste ihre handlungswelt. Das Sekretariat der KPD hat zu diesem Falle beschlossen: den Genossen Rojewitsch und Körner wird wegen ihres Verhaltens eine scharfe Rüge ausgesprochen, außerdem werden den Genossen sämtliche ihnen von der kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse übertragenen Funktionen auf unbestimmte Zeit aberkannt. Bezirksleitung Sächsen (Sekretariat).

Rechte abichtlich länger, um einen rechtzeitigen Aufmarsch des revolutionären Majuges verhindern zu können und die Massen bewußten Arbeiter zu provozieren. Daß ein Blutbad in Meissen werden sollte, erlahmte man aus dem, daß ein Kolonnenmarsch der Reichsbannerkämpfer mit heruntergemachten Rinnrinnen quer über die Straße aufstellte. Darunter war der berüchtigte Scharfmacher, Krantzenfeldt, Albin Köpfel, der Genosse Stiefler bei der Polizei gegen die einseitigen Maßnahmen und gegen die Provokationen des Reichsbanners protestierte, brachte die Polizei, ihn zu verhaften und den Zug auseinanderzulassen. Die Polizei verlangte, daß die Kapelle wieder aufmarschieren sollte. Nun, es gab keine blutigen Köpfe, die Provokation scheiterte an der Disziplin der Massen. Daß die SPD-Proletarier selbst über diese Handlungen ihrer Führer empört waren, zeigte, daß die SPD-Ordner vergeblich empörten, die großen Massen der Arbeiter vom Markt weg zu bringen. Es mußte trotz aller Hetze nichts, die Arbeiter blieben stehen und nahmen an dem Aufmarsch des revolutionären Majuges teil. Genosse Kantsch, Dresden, sagte in seiner Ansprache die Rolle der sozialdemokratischen Faschisten auf, kennzeichnete die Rolle der sozialdemokratischen Faschisten, die die Hilfsstellung der SPD-Führer für den Faschismus, Rede wurde mit hartem Beifall der Arbeiter aufgenommen.

Die Abendkundgebung im Roten Haus war für die Partei ein voller Erfolg. Dieselbe wurde umrahmt von Konzerten des Arbeiterliedersängers Meißner und von den Freien Sängern. Hierbei muß betont werden, daß die gelungene Darbietungen ein voller Erfolg für die Freien Sängere waren. Nach dem Gesangsabend, „Die rote Fahne“, hielt Genosse Lammert die Mahnworte. Er führte aus, daß am 1. Mai unter rotem Banner der Arbeiter die Führung der kommunistischen Internationale in allen Ländern das Proletariat aufmarschierte. Er ging auf die Herrschaft der sozialdemokratischen Führerschaft ein und kennzeichnete besonders die Rolle der „Linken“ in Sachsen. Er schloß weiterhin aus, daß wir am 1. Mai auch der Opfer der Klassenjustiz gedenken müßten, die für die Befreiung des Vaterlandes hinter Kerkermauern geworfen wurden. Er streifte dabei den Meißner Landfriedensbruch, wo zahlreiche Kommunisten und auch sozialdemokratische Arbeiter, darunter besonders der Genosse Walter Sammet, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Zum Schluß registrierte Genosse Lammert den dritten Vers von „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“:

Brüder in eins nun die Hände,
Brüder das Sterben verlaßt,
Ewig der Sklaverei ein Ende,
Heilig die letzte Schlacht!

Rambiesgröße russischer Arbeiter

zum 1. Mai an das Meißner Proletariat

Am 14. April wurde in einer Generalversammlung der Arbeiter der 15. Arbeiterfabrik in Riem folgenden Beschlusses angenommen: Das Meißner Proletariat angenommen:

Am Tage des 1. Mai, die die Bauern aus dem Spätkorn in einem Schicht der Erde, werden euch unsere besten, die Studergrüße, Genossen, am Tage des 1. Mai geht das Proletariat auf die Straße, um gegen das kapitalistische Proletariat zu protestieren, um ein solches Tage gehen auch die Meißner Kommunisten auf die Straße, um ihre Solidarität mit den Klassenbrüdern zu demonstrieren, um ihre Macht zu zeigen und die richtigen Erfolge zu zeigen.

Genossen, wir geben dem Sozialismus entgegen. Mit Erfolg werden wir den fünfjährigen Vorkämpfer. Der Kampfplan ist schon in 2 1/2 Jahren erfüllt, anstatt in 5 Jahren. 11 Millionen Bauernwirtschaften sind zu kollektiven zusammen geschlossen. Wir schaffen eine mächtige sozialistische Industrie und Landwirtschaft. Die Wohlhabt der Arbeiterklasse wächst. Wir haben keine Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, 2 Millionen neue Arbeiter werden eingereicht werden. Schon 80 Prozent der Arbeiter arbeiten 7 Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich. 10 Millionen Arbeiter ruhen an jedem 5. Tag. Der Lohn steigt. Im Jahre 1931 ist der Lohn der Bergarbeiter Eisenbahner usw. um 20 bis 25 Prozent erhöht worden. Wir arbeiten befriedigt; denn wir selbst sind die Herren des riesigen Landes.

Über was leben wir in der kapitalistischen Welt? Ein schmerzliche Armut erschüttert sie, und die Bourgeoisie kennt nur ein Mittel, um sich zu retten, — nämlich, die Arbeiterklasse auszubeuten. Man entläßt die Arbeiter, erniedrigt die Löhne, kürzt die Unterstützung und befreit die letzten Reste der politischen Rechte. Die kapitalistischen Regierungen lassen die besten, bewußten Proletarier ins Gefängnis werfen und erschließen. Aber vergeblich. Die proletarische Weltrevolution rückt nicht heran.

Über damit die Arbeiter nicht dem Beispiel ihrer russischen Brüder folgen, bereitet die Weltbourgeoisie den Kampf gegen die Sowjetunion vor. Aber wir sind gewiß, daß das Weltproletariat das nicht erlauben wird, sondern die Bolschewisten die Imperialisten werden wird.

Es lebe der Sieg der Arbeiter. Es lebe der 1. Mai. Wir der mit dem Faschismus. Verteidigt die Sowjetunion, den Vaterland des Weltproletariats. (Es folgen 37 Unterschriften.)

Arbeiterinnen! Arbeiter! Dernt die Bolschewisten Eiferanten, dann wird es euch möglich sein, euch international mit den ausländischen Klassenbrüdern, besonders mit den russischen Arbeitern und Bauern zu verständigen. Belücht die Kurie der Arbeiter-Eiferanten.

Jahrmärkte in Dohna. Donnerstag und Freitag, den 14. und 15. Mai 1931.

6 000 Betriebsarbeiter

lassen nach dem Halbjahresplan der Bezirksleitung bis zum 1. Oktober neu geworden werden. Den einzelnen Unterbezirken wurde folgendes Soll geschickt: Bautzen 375, Dresden 1080, Aiea 375, Freiberg 375, Leipzig 1080, Chemnitz 1080, Zwickau 375, Schwarzenberg 375, Pleißenberg 375.

Ortsgruppenleitungen, tragt Sorge dafür, daß euer Unterbezirk als erster durchs Ziel geht.

Jede Ortsgruppe muß auf der Unterbezirksparteiarbeiterkonferenz vertreten sein. Organisiert sofort in den Versammlungen der Betriebs- und Ortsgruppenleitungen die Delegiertenwahl. Mandate wurden den Ortsgruppenleitungen bereits durch die Bezirksleitung zugewiesen. Abhaltung Unterbezirksparteiarbeiterkonferenzen!

Die Konferenzen finden wie folgt statt: Sonntag den 10. Mai:

UB Bautzen in Ebersbach im Lokal Kretscham um 9 Uhr. Referent: Feik Selbmann.

UB Freiberg in Freiberg, Gasthof Union, 9 Uhr. Referent: Ewald Blau.

Sonntag den 31. Mai: UB Dresden. Nähere Mitteilung erfolgt nach.

EdE-
AL
Dorpml
W
Der Reform
benüht, K
obert, K
und berei
größte H
jen an de
Nach
sie zu über
bahner fü
Am 9. u
Helden, wem
Eine Gesch
merker Hebo
Dinter un
der Arbeiter
Halle ist in
Land herabge
Angriff gegen
Deutschen Re
Wachst
gehören keine
Ehrenbüch
zungen der G
noch unter
den Knapp
ung Wälsche
leben die Fa
nisse darf über
somer Nicht
mehr geben
Bürgerfeuer,
Fast jede
ren, Pohn-
Schließungen,
tempo — Je
die Talsachen
Der Ein
nach an:
„Der C
mischen, do
gen zur V
durchzu
wehren. I
7 Pfennig
ten und S
wert wer
wurde von
30 000 Ver
einige Hu
Kollegen
mit wirtsch
aus kann be
dreihei:
„Müch
leben, wie
vermerkt
entfernt
konnen.“
„So
artig han
Metal
Lohnr
Die F
Kämpfer
schlechtspr
M-B-Ges
bekannt
Wirkung
Metallarb
lame Ref
leben, all
ung d e
500-3
und
Der
Hoffen, F
den Arbeit
berzunehm
reten.
Der Z
demokrat
emokrat
den der C
Million
Wirkung
sch mit d
Kätz
schließen
nach 26 un
die die
Verte

Ausbeutung bei der Reichsbahn

Dorpmüllers Lohnraub und mörderische Rationalisierung „eine böswillige Handlung“ / Abrechnung mit verräterischen Bonzen

Wählt am 9. und 10. Mai nur rote Listen!

Der Kampf um die Führung bei der Betriebsrätewahl der Reichseisenbahn hat mit voller Wucht eingesetzt. Die Reformisten, belastet mit einer Kette von Verrätereien, sind durch Massenaufgebot von Rednern und Flugblattlägen bemüht, ihre schändlichen Spuren zu verwischen. Die RGO, die immer größeren Einfluss bei den Eisenbahnern erobert, steht im schärfsten Kampf gegen die mit der Reichsbahnhauptverwaltung verbundene Gewerkschaftsbürokratie und deren Agenten in den Dienststellen. Die politische Bedeutung der Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn erfordert größte Unterstützung der RGO-Eisenbahner durch alle Parteizellen und Massenorganisationen, die mithelfen müssen an der Verbreitung von Agitationsmaterial und Stimmzetteln.

Nachfolgend lassen wir einen Artikel folgen, der unter den Eisenbahnern weiteste Verbreitung finden muß, um sie zu überzeugen: Es ist Schluss zu machen mit den Bonzen! Nur unter der Führung der RGO können die Eisenbahner für ihre Forderungen kämpfen!

Am 9. und 10. Mai soll ihr euch zur Betriebsrätewahl entscheiden, wenn eure Stimme gehört. Es bedarf nicht vieler Worte eine Entscheidung kann nur an Hand von Tatsachen und aus innerster Überzeugung heraus gefällt werden.

Welche Tatsachen liegen vor?

Hinter uns liegt ein Jahr der rapiden Steigerung des Lebens der Arbeiterklasse, insbesondere der Eisenbahner. Die Arbeiterklasse ist in ihrer Lebenshaltung auf einen nie gekannten Tiefstand herabgesunken. Mit aller Schärfe wurde insbesondere der Angriff gegen die Arbeiter des größten deutschen Betriebes — der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft geführt.

Wohnmiete von 20—22 Mark sind keine Seltenheit, sondern gehören beinahe zum Normalzustand für einen großen Teil der Eisenbahnerproleten. Not und Elend haben Eingang in die Wohnungen der Eisenbahner gehalten. Die Mietpreissenige, die dazu noch unter schlimmster Ausbeutung erschaffen werden müssen, reichen knapp zum nackten Leben. Es langt nicht mehr zur Kleidung, Wärme und dem notwendigen Hausbedarf. Der Kampf um die Familien der Eisenbahner da. An kulturelle Bedürfnisse darf überhaupt niemand mehr denken. Kommt einmal ein kleiner Lichtblick, daß es einmal in der Woche ein paar Pfennige mehr geben könnte, dann kommen wieder Wölfe über Wölfe — Bürgersteuer, erhöhte Versicherungsbeiträge usw.

Jede Woche kommt eine neue Habsbolschaft. Feiertlichkeiten, Lohnt- und Personalabbau, Verkürzungen und Dienststellen-Abhebungen, — eines jagt das andere. In den Betrieben herrscht — Zermürdung der Nerven und Menschenkraft. Das sind die Tatsachen — ohne jede Übertreibung.

Der Einheitsverband legt in seinem Flugblatt die Kollegen

„Der Einheitsverband hat bisher in allen Situationen bewiesen, daß er gemäß und in der Lage ist, nicht nur Forderungen zur Verbesserung des Einkommens- und Dienstverhältnisses durchzusetzen, sondern auch wesentliche Verschlechterungen abzuwehren. Der Anschlag der Reichsbahngesellschaft, den Lohn um 7 Pfennig pro Stunde in allen Lohngruppen, Wirtschaftsgeldern und Ortsklassen zu kürzen, konnte im wesentlichen verhindert werden. Die verheerende Personalpolitik der Reichsbahn wurde vom Einheitsverband erfolgreich bekämpft. Aus den 30.000 Arbeitern, die zur Entlassung kommen sollten, sind kaum einige Hundert geworden.“

Kollegen! Urteil darüber selbst — höher geht die Verlogenheit nicht. Es kommt aber in diesem Flugblatt noch besser und kann beim besten Willen nicht mehr überboten werden, man liest:

„Nüchtern und mit klaren Augen müssen wir die Dinge sehen wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollen. Nichts ist verwerflicher, als überhöhte Forderungen, die auch nicht im entferntesten und mit dem besten Willen durchgesetzt werden können.“

Was der Scheit der Eisenbahner nach einem menschenwürdigen Dasein sind „überhöhte Forderungen“!

Was wollen die Eisenbahner?

Sie wollen leben — sie wollen nicht zugrunde gehen und des auf ihre Schultern laden lassen! Die Eisenbahner sind nicht der Meinung wie das Verwaltungsorganmitglied bei der Reichsbahn-Herrmann, 2. Vorsitzender des EdE, der auf einer der letzten Verbandsversammlungen folgendes ausführte:

„Es ist die Meinung aufgetaucht, daß die Verwaltung böswillig handele. Der Anschlag spreche zwar dafür, aber es sei nicht

lo, für die Handlungen einzelner Beamter dürfe man nicht die Hauptverwaltung verantwortlich machen, die meist unter Druck und Anordnungen treffen müßte, die wir nicht verstehen. Die Reichsbahn muß zum Ausgleich ihrer Bilanz die Ausgaben lenken.“

Die Eisenbahner wissen, daß Millionen für Leistungszulagen, hohe Gehälter, Bahnklub, Werkportverträge verausgabt werden. Die Ausgabenlenkung wird nur bei den Proleten vorgenommen. Die Eisenbahner haben auch erkannt, daß die Löhne der reformistischen Führer in schreiendem Gegensatz zu den Forderungen der Arbeiterklasse stehen. Wollen sie, daß Franz Schöffel, Vorsitzender des EdE, Hunderte von Millionen für Panzerkreuzer und Behälter als Reichstagsabgeordneter bewilligen hilft, den Diktatorlangier Brünning und seine Notverordnungen küßt?

Nein, das wollen sie nicht!

Es ist eine Feindschaft, wenn die Bonzen auf der einen Seite die Notverordnung schufen, die wichtige Grundlage für die Lohn- und Gehaltsfürung, die Senkung des Krankengeldes und der Rente, die Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Erhöhung bestehender und Einführung neuer belastender Steuern in sich birgt, auf der anderen Seite aber sich bei den Proleten als ehrliche Arbeiter aufspielen.

Rein Fäulnis Vertrauen

zu diesen Lokalen der Kapitalisten — das muß die Antwort aller Eisenbahner sein! Es ist kein Unterschied zwischen der EdE, der

EdE- und der EdE-Bürokratie! Sie sind gleiche Brüder und haben gleiche Kappen. Gemeinsam schließen sie den Lohnraubpat ab — gemeinsam stehen sie im Reichstag bei allen arbeitserfeindlichen Maßnahmen in einer Front mit den Ausbeutern!

Die Verteidiger dieser arbeitserfeindlichen Politik

sehen aber auch in den Körperlichkeiten der örtlichen Betriebsräte, in dem Bezirks- und Hauptbetriebsrat. In diesen reformistischen Betriebsräten hat die Bürokratie willige Funktionäre zur unmittelbaren Durchführung aller arbeitserfeindlichen Maßnahmen, die man als Tarifgewerkschaft mit der reaktionären Hauptverwaltung abschloß.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)

ist, weil sie all die Verbrechen gegen die Arbeiter und Beamten brandmarkt und den Weg des Kampfes zeigt, für diese Elemente die einzige Zielsetzende. Die Summe der vielen Verrätereien, die sie an den Interessen des Proletariats begingen, soll verdrängt werden durch eine kluge, Verleumdungen und Tadelspriker gegen die RGO. Aber das Vertrauen der Proleten zu diesen Verräterelementen der Hauptverwaltung und der Direktion fällt immer mehr. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

gewann das Vertrauen der Arbeiter.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die RGO übernehmen den besten Teil der revolutionären Bewegung der Sozialdemokraten in ihren besten Jahren der Vorkriegszeit als Erbe. Jene Leute um Schöffel, Delfers, Hillbrecht, Endorf usw. sind mit diesem kapitalistischen System verwaschen und verflüst und müssen naturgemäß diesen Zustand des Elends noch verteidigen. Für diese Leute ist der „Sozialismus“ erfüllt.

Eisenbahner, es gibt nur eine Entscheidung!

nur einen Weg! Das ist die Entscheidung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Kämpft mit der RGO für ein menschenwürdiges Dasein, werdet Mitglieder der RGO! Alles für den Sieg der Arbeiterklasse!

Am 9. und 10. Mai gehört eure Stimme der Liste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

Eure Antwort an Dorpmüller und Bonzen!

Nur diesen Stimmzettel in die Wahlurne

Ortsbetriebsrat
Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition der Eisenbahner

Bezirksbetriebsrat
Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition der Eisenbahner

Hauptbetriebsrat
Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition der Eisenbahner

Im Brandleristen-Dorado Sachsenwerk

Aufordrungen sind Trumpf

Infame Methoden zur Zermürbung der Kollegen / Beyer und sein Anhang tun nichts anderes wie die Reformisten / Kollegen, kämpfen mit der RGO, tödlich Kampfausschüsse und Delegierte zum 17. Mai!

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Sachsenwerk Niederstößel werden die Arbeiter gefürzt. Die Betriebsleitung erklärt: die Belegschaft sind um 10 Prozent gekürzt worden, deshalb müssen auch die Stückpreise um 10 Prozent gesenkt werden. Nun weiß zwar jedermann, daß gerade das Sachwert trotz langer Ausarbeiteteilenprobleme machte, daß die Kapitalanlagen und Reserven jedes Jahr vergrößert und die Dividende reichlich fließt. Das tut nichts. Herr Witte, der Generaldirektor und Mitarbeiter an der Dresdner Volksleitung verfügt:

Lohnraub muß sein! Das wird nun von den Meistern in die Tat umgesetzt besonders dadurch, daß die jungen ausgebildeten Kollegen die Arbeit erhalten, aber bekommen weniger als die älteren Kollegen dafür bekommen. Die Herrschaften im Kalkulationsbüro machen ganz systematische Einzelvorwürfe und versuchen so alle festgelegten Preise über den Haufen zu werfen.

Dabei wird nun auch richtig von dem Mittel der Einschüchterung der Arbeiter Gebrauch gemacht. Wer sich entschließen gegen diesen schändlichen Lohnraub wagt, hat plötzlich „keine Arbeit“! So daß er noch einen Tag länger ausbleiben muß. In anderen Fällen müssen die Kollegen eben, soweit sie wochenlang entlassen sind, einige Zeit länger warten, bis sie einmal wieder aufgenommen werden. Durch diesen Kleinrieg sollen die Kollegen zermürbt und entnervt werden. Wer aber glaubt, daß die Brandleristen um Beyer irgend etwas praktisch dagegen tun, der irrt sich. Oder glaubt Beyer, daß allein durch persönliche Verletzung diese Fragen gelöst werden können. Es ist selbstverständlich, daß die Belegschaft nur dann wirksam den Rationalisierungsanstrengungen entgegensteht, wenn sie wie ein Mann gegen jeden Versuch der Freiherabsetzung auftritt. Die Mobilisierung des Betriebes aber bedeutet Unruhe der Belegschaft. Die kann Karl Beyer ebensowenig gebrauchen wie die Reformisten. Die Folge dieser Einschüchterung, selbst wenn es und zu einmal gegen die EdE-Bürokratie polemisiert wird, ist, daß die Sachsenwertproleten heute unter den erbärmlichsten Bedingungen ihr Leben fristen müssen.

Die Kollegen haben aber erkannt, daß die Brandleristen nicht nur dieselbe Politik betreiben wie Höller, Händel, Teuber und Konjoren, sondern daß Beyer in der Unterdrückung und Einschüchterung der Kollegen dieselben Methoden anwendet.

Kollegen, lernt daraus. Schließt euch der RGO an. Nehmt Stellung gegen die unerhörten Zustände im EdE in allen Abteilungen. Wählt vorbereitende Kampfausschüsse um gegen den weiteren Lohnraub freifertig zu sein. Trotz dem Betrat der Reformisten müssen wir, unserer eigenen Kraft vertrauend, den Kampf aufnehmen. Wählt Delegierte zur Konferenz der sächsischen Metallarbeiter in Chemnitz am 17. Mai. Hinein in die RGO und helft mit die rote Einheitsfront gegen den Lohnraub zu organisieren.

RGO-Ortskomitee Pirna. Am Mittwoch dem 8. Mai 1930 Uhr im Volkshaus Pirna, Gartenzimmer, Funktionärskonferenz. Wichtige Tagesordnung. Die Industrie- und Betriebsgruppenleiter sind für das Erscheinen ihrer gesamten Funktionäre verantwortlich.

Verantwortlich für Lokale: Otto Käsel, Dresden; Nr. Völlert mit Hausnummer der Kassenkasse, Pirna; Gewerkschaft, Speer, Rabin und Arbeiterleiter; Rudolf Heilmann, Dresden; für Kassel; Karl Bräuer, Leipzig; für Kassel; und Kassel; Otto Wilsa, Berlin; für Kassel; ...

Metallarbeiter, wählt zum 17. Mai Delegierte!

Streit durch EdE-Bürokratie abgewürgt

Lohnraubschiedspruch von 11 und 12 Pf. pro Stunde gegen Kohlerger und Klempner in Berlin

Die Verhandlungen gegen die Berliner Kohlerger und Klempner vor dem Oberlichter endeten mit einem Lohnraubschiedspruch von 12 Pf. für Kohlerger und 11 Pf. für Klempner. EdE-Chef lehrte in der Streikversammlung des EdE mit den bekannten Methoden der imperialistischen Bürokratie die Abwägung des Streiks zu diesen schändlichen Bedingungen durch. Die Metallarbeiter Sachsens haben wieder den Beweis für die infame Rolle der EdE-Bonzen und werden daraus die Lehre ziehen, alle Vorbereitungen für den Kampf nur unter Führung der RGO zu treffen.

EdE-Führer fordern 10% Lohnabbau

und zahlen Lohnraubgutachter 50.000 Mark Prämie

Der Vorstand der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat beschlossen, für alle in den sächsischen Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten einen Lohnabbau von 10 Prozent vorzunehmen. Dieser Lohnabbau soll am 1. Juni in Kraft treten.

Der Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, der Sozialdemokrat Probst, begründete in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichsfraktion zusammen mit einigen Vertretern der Gewerkschaften den 10prozentigen Lohnraub, durch den Millionen Mark „eingespart“ werden sollen. Die sozialdemokratischen Reichsfraktion und Gewerkschaftsführer erklärten sich mit den Lohnraubplänen Probsts einverstanden.

Natürlich werden von diesem Lohnraub nicht die sozialdemokratischen Direktoren der BVG betroffen. Probst erhält jetzt noch 50.000 Mark Jahresgehalt ohne die Aufwandsentschädigung und die

Verkehrsgutachter, die die Lohnabbaupläne zusammen

Genosse Betriebskorrespondent

Aus deinem Betrieb liegt noch kein Bericht über die Rationalisierung und den Lohnraub vor.

Die Metallindustrie

wollen die Hungerlöhne weiter senken. Akkordpreise werden reduziert und der Lohnraub schon vorweg genommen.

In deinem Betrieb

wollen die Kollegen und Kolleginnen gleichfalls erfahren, welche Vorschläge die RGO für den Kampf gegen Lohnraub macht. Sendt uns Tatsachen und vergiß nicht, daß

die Lebensfrage aller Arbeiter

der entschlossene Kampf gegen Lohnraub die Bildung der roten Einheitsfront

gegen den Lohnraub

ist. Die Metallarbeiter werden unter Führung der RGO allein siegreich jeden Angriff zurückschlagen können, wenn du mithilfst, die Ausbeutung der Arbeiter und die Verräterrolle der reformistischen Agenten anzuprangern.

Rund um den Erdball

Die schwachen Nerven des Landgerichtsdirektors Engert

Wer bei Tetzners Hinrichtung fehlte

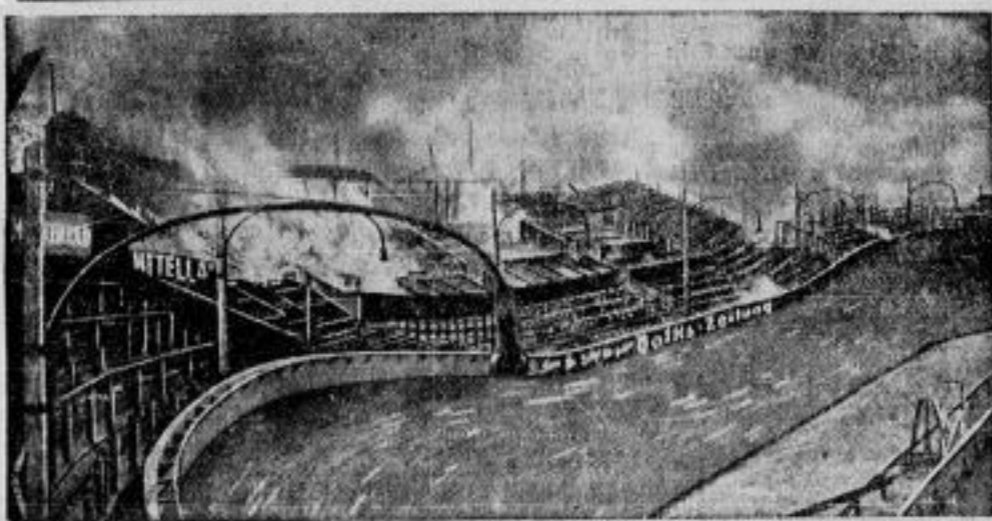
Klassenrichter drückt sich als Zeuge bei der Hinrichtung seines Opfers

München, 4. Mai. Die Regensburger Spiechbürger regen sich augenblicklich über die „schwachen Nerven“ des Landgerichtsdirektors Engert auf, der bekanntlich das Todesurteil gegen den Versicherungsmörder Tetzner verhängt hat, sich aber seiner gesetzlichen Pflicht entzog, bei der Hinrichtung zugegen zu sein.

„Herr Landgerichtsdirektor Engert“, so schreibt die „Münchener Telegrammzeitung“, war der Vorsitzende des Gerichts, das das Todesurteil fällte. Es war bis heute stets üblich, daß der Vorsitzende eines Gerichts, das die Todesstrafe verhängte, bei der Vollstreckung zugegen ist. Herr Gerichtsdirektor Engert begnügte sich aber damit, seine beiden Beisitzer abzukommen zu lassen und hielt sich selbst in einem vom Hof abgelegenen Zimmer des Gerichtsgebäudes bereit, falls der Betreffende ein

lehtes Verhör verlangen sollte... Gewiß ist es für die Heroen eine schwere Probe, dem grauenvollen Akt beizuwohnen. Aber mußte nicht auch der Oberstaatsanwalt alle Kräfte aufbieten, um nicht aus der Fassung zu kommen, und der kaum lange Gefängnisbeamte, der die Glöde zu läuten hatte, lehnte im entscheidenden Augenblick bleich an der Mauer und fand kaum den Glödenstrang. Alle diese Herren haben ihre Pflicht erfüllt, wenn es ihnen auch schredlich zumute war. Darum mußte es mißfallen, daß der Vorsitzende des Gerichts sich dieser feilbiverständlichen Pflicht entzog.

Also selbst ein bayerischer reaktionärer Klassenrichter hat nicht die Herdenkraft, der mittelalterlichen Barbarei einer Hinrichtung, die er selbst verfügte, beizuwohnen. Kann es eine bessere Kennzeichnung dieser echt kapitalistischen Kulturhande geben?



Berliner Rütt-Arena abgebrannt

In der bekannten Berliner Radrennbahn „Rütt-Arena“ brach am Sonntagmorgen Feuer aus. Innerhalb weniger Minuten stand die Rennbahn in hellen Flammen. Ueber vierhundert Rennmaschinen wurden vernichtet. Als Ursache des Brandes vermutet man die Explosion eines dort lagernden Benzolasses.

Der rätselhafte Gastod in den Zinnwerken Wilhelmsburg

Geheimen Giftgaslager in Harburg?

Weitere drei Todesopfer — Noch fünf Arbeiter in Lebensgefahr

Harburg, 4. Mai. Die Giftgaskatastrophe in den Wilhelmsburger Zinnwerken hat bis Montagmorgen noch drei weitere Todesopfer gefordert. Insgesamt sind also bisher sechs Arbeiter diesem ängstlich geheimgehaltenen Unglück zum Opfer gefallen. Drei weitere Arbeiter liegen zur Zeit im Krankenhaus. Mit ihrem Ableben kann jeden Augenblick gerechnet werden. Ferner wurden schwere Vergiftungserscheinungen an noch fünf Personen, die in der gleichen Abteilung des Zinnwerkes beschäftigt waren, festgestellt. Man befürchtet, daß auch diese den tödlich wirkenden Arsen-Wasserstoff eingeatmet haben.

Die bürgerliche Presse, die diese Giftgaskatastrophe eigenfischerweise in kleiner Aufmachung und verspätet meldete, mag heute berichten, daß

die Kriminalpolizei am Sonntag Vormittag das gesamte Material der Giftbude beschlagnahmte, um angeblich auf diese Weise zu verhüten, daß mit der Zinntrüge und den Apparaten, mit denen sie transportiert werden sollte, irgend etwas geschehe, was spätere Nachforschungen erschweren könnte.

Ferner weiß man zu melden, daß die besten Chemiker Deutschlands bisher vergeblich versucht haben, die genauen Ursachen dieser Explosion aufzudecken, obwohl man sich über den Charakter und die Wirkung des tödlich wirkenden Arsen-Wasserstoffs im klaren ist. Prof. Haberkamp soll am Sonntag Versuche mit dem gleichen Material angestellt, also ebenfalls heiße Zinntrüge auf kalter Unterlage mit Wasser besprengt haben. Trotzdem gelang es ihm nicht, die physikalischen Bedingungen zu entdecken, durch die sich Arsenwasserstoff aus der Zinntrüge bildet. Die Funktion der chemischen Kriegsindustrie wittern daher, daß man durch den Giftgassturz an den Harburger Arbeitern einen neuen furchtbar wirkenden Giftgas auf die Spur gekommen ist.

Wenn die bürgerliche Presse sich durch die Maßnahmen der

Zwei schwere Flugzeugkatastrophen

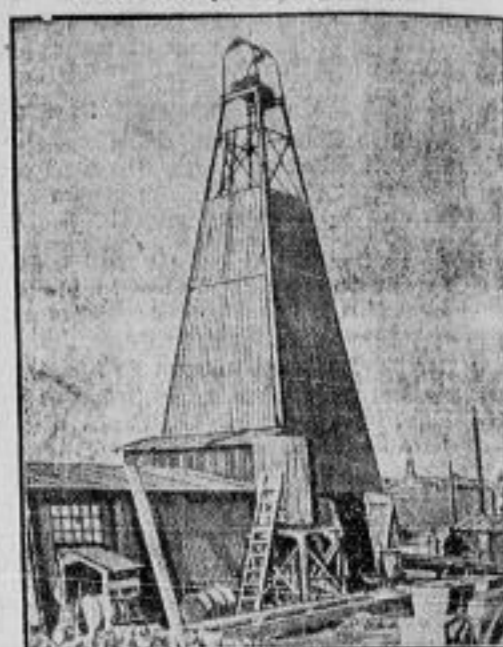
Fallschirm verfaßt

Ein italienisches Bombenflugzeug mit zwei Unteroffizieren an Bord ging während des Ueberfliegens von Bologna Remate in 2200 Meter Höhe nieder. Der Flugzeugführer versuchte vergeblich, zu landen, während der Mechaniker den Abstieg unternahm, bei dem sich der Fallschirm nur teilweise öffnete. Beide Flieger waren auf der Stelle tot.

In Berlin-Staaken zwei Flieger verbrannt

Auf dem Flugplatz Staaken bei Berlin fiel am Montagvormittag ein Hebungsluftzeug mit zwei Mann Besatzung auf. Aus ungeklärten Ursachen brach schon in geringer Höhe das Flugzeug wieder ab und ging sofort nieder. Die Besatzung konnte nur noch vollkommen verkohlt aus den Trümmern herbeigeführt werden.

Neue Heilquellen in Köln



Braunkohlenbohrungen im Kölner Stadtgebiet erschlossen an zahlreichen Stellen starke Heilquellen, die eine Temperatur von 18 bis 20 Grad Wärme und einen Kohlesäuregehalt von zwei Gramm je Liter haben. Diese überaus günstige Beschaffenheit hat zu dem Beschluß geführt, die Quellen für Heilzwecke anzunutzen. Unser Bild zeigt einen Bohrturm der Stadt Köln bei Hohenkirchen.

Doppeltörmord im Auto

Chauffeur und seine Braut tot aufgefunden

Koblenz, 4. Mai. Am Sonntag fanden Landwirte, die durch ihre Felder gingen, in der Nähe des Wieselbörches Krust ein Personenauto und darin die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens. Der Tote hieß in der linken Hand einen Revolver. Beide Leichen wiesen Schusswunden auf.

Bei näherer Untersuchung des Autos wurden mehrere Weiltaschen gefunden. Der Wagen gehört einer Berliner Firma, die ihren Vertreter den Wagen zu Geschäftszwecken zur Verfügung stellt. Einer dieser Vertreter nun hatte den Koblenzburger Alfred Kade aus Berlin-Charlottenburg für sich beschäftigt. Dieser nun hatte in Essen eine Frau namens Erna Kade. Wie weiter ermittelt wurde, soll der Chauffeur dem Vertreter eine größere Geldsumme entwendet und dann mit seiner Braut eine Autotour nach der Giffel unternehmen haben. In einem vorerwähnten Brief teilten Kade und seine Braut mit, daß sie die Absicht hätten, Selbstmord zu begehen.

Dampfer auf hoher See in Flammen

Auf dem eisernen Dampfer „Kait“, der sich auf der Fahrt von Kopenhagen nach Antwerpen befand, brach plötzlich Feuer aus. Die aus je sechs Mann und einer Frau bestehende Besatzung mußte sich in aller Eile in die Rettungsboote stürzen, weil das Schiff nach ganz kurzer Zeit in Flammen stand. In zwei Booten gelangten die Schiffbrüchigen in völliger Schöpferlei am Sonntagabend nach der Südspitze der Insel Gotland.

Den Freund auf Verlangen getötet

Am Sonntag wurde in der Nähe von Friedrichswill bei Beuthen der auf der Preußengrube beschäftigte Bauer Johann Morawitz erschossen aufgefunden. Als Täter wurde der 15jährige erwerbslose Stellmachergeselle Johann Sommer verhaftet, der bei seiner Vernehmung angab, den mit ihm befreundeten Morawitz auf dessen ausdrückliches Verlangen getötet zu haben.

Kiefernfeuer in Kongreß-Polen

Sechs Personen verbrannt

Warschau, 4. Mai. In der Nacht zum Montag fielen sechs Gebäude der Ortschaft Jastkow bei Kielec in Kongreß-Polen mit sämtlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden einem Kiefernfeuer zum Opfer. Bevor noch die Feuerwehr zur Stelle sein konnte, waren die Häuser restlos niedergebrannt, wobei sechs Personen in den Flammen umkamen.

Schweres Bootsunglück auf dem Bodensee

Zehn junge Leute ertrunken

Kutter eines Marinevereins gekentert

Vindau, 4. Mai. Das schwere Bootsunglück, das sich am Sonntagvormittag auf dem Bodensee ereignete, hat insgesamt zehn Todesopfer gefordert. Der einzige Überlebende hat einen schweren Nervenschuß erlitten und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Zu diesem furchtbaren Unglück wird noch bekannt, daß der bürgerliche Marineverein Friedrichshafen mit elf Mann auf einem Kutter eine Fahrt nach dem Schweizer Ufer unternahm. Als der Kutter die Hälfte der Strecke zurückgelegt hatte, kam unerwartet eine Böe, wobei Wasser in das Boot drang. Ehe die Besatzung etwas dagegen unternehmen konnte, war der Kutter gekentert. Von den elf jungen Leuten ertranken zehn sofort.

Ein bayerischer Kurdampfer konnte dann den 22-jährigen Robert Uge aus Friedrichshafen, der sich auf dem gekenterten Kutter mit Fische polen hatte, und ein kleines Fährchen schwimmen retten. Außerdem gelang es der Besatzung des Dampfers, noch drei Tote mit Korkecken aufzufinden.

Der Überlebende war bis jetzt erst imstande, die Namen der sieben in der Verunglückten anzugeben. Die Personalien der übrigen noch nicht festgestellt werden. Zur Zeit befinden sich noch sieben Leichen im See, nach denen eifrig gesucht wird.

Der Rote Aufbau

Ein neues Heft der bekannten Volksmenschenheft bringt ausführliches Material über die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung. Das Heft enthält unter die Überschrift: „Der rote Aufbau“ einen ausführlichen Artikel über die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Arbeiterbewegung. Das Heft kostet 20 Pf. und enthält weitere wertvolle Beiträge.

„Universumbücherei für Alle“

Die „Universumbücherei für Alle“ wird für ihre Mitglieder im Laufe des Jahres folgende Neuerscheinungen herausbringen: „Die Welt im Spiegel“, „Die Geschichte der Pariser Kommune“, „Die Welt der Tiere“, „Die Welt der Pflanzen“, „Die Welt der Vögel“, „Die Welt der Insekten“, „Die Welt der Fische“, „Die Welt der Reptilien“, „Die Welt der Amphibien“, „Die Welt der Säugetiere“, „Die Welt der Vögel“, „Die Welt der Fische“, „Die Welt der Reptilien“, „Die Welt der Amphibien“, „Die Welt der Säugetiere“.

Verantwortlich: Richard Krawitz, Berlin.

Vertical text on the right edge of the page, including page numbers and other publication details.